

UNTERNEHMENSSTEUERN SINKEN, ARBEITNEHMER/-INNEN ZAHLEN IMMER MEHR

1. Österreich im EU-Vergleich: Arbeit hoch belastet, Kapital gering	16
2. Niedrige Besteuerung der Gewinne	19
3. Steuerwettbewerb belastet Faktor Arbeit und Staatsbudgets	24
4. Österreich ist Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen	26
5. Zahlen die Spitzenverdienenden zu viel Steuern? ..	27
6. AKOÖ-Forderungen für gerechtere Besteuerung	29

Auszug aus WISO 2/2006

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

Franz Gall

Stv. Abteilungsleiter
der Abteilung
Wirtschaftspolitik der
Kammer für Arbeiter
und Angestellte für
Oberösterreich

Die Finanzierung der steuerfinanzierten staatlichen Aufgaben und öffentlichen Dienstleistungen verschiebt sich immer mehr in Richtung LohnsteuerzahlerInnen. Die Steuerreform 2004/2005 hat daran nichts geändert. Im Gegenteil: Das Lohnsteueraufkommen wird heuer um 22 Prozent höher sein als im Jahr 2000, das Aufkommen an Körperschaftssteuer um 2,6 Prozent niedriger.

1. Österreich im EU-Vergleich: Arbeit hoch belastet, Kapital gering

Die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit liegt in Österreich mit 40,5 Prozent deutlich über jener des Kapitals mit 22,6 Prozent (sämtliche Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die von der gesamten Lohn- und Gehaltssumme bzw. von allen Gewinn- und Kapitaleinkommen in Österreich bezahlt wurden). Die Differenz zwischen der Belastung von Arbeit und jener von Kapital beträgt in Österreich 17,9 Prozentpunkte, im Durchschnitt der EU-15 nur 9 Prozentpunkte! ¹

- Bei der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit liegt Österreich EU-weit an 8. Stelle und **über** dem EU-Durchschnitt,
- beim Faktor Kapital nur an 14. Stelle und kräftig **unter** dem EU-Durchschnitt und
- beim Konsum mit 21,7 Prozent an 10. Stelle und damit über dem EU-Durchschnitt (siehe Tabelle).

Seit 1995 ist in Österreich die Belastung der Arbeit um zwei Prozentpunkte gestiegen, jene von Kapital um 3,4 Prozentpunkte gesunken!

Franz Gall Unternehmenssteuern sinken, ArbeitnehmerInnen zahlen immer mehr

Tabelle: Abgabenlast auf Konsum, Arbeit und Kapital in den EU-Ländern (Werte 2003)

Land	Konsum	Arbeit	Kapital
Belgien	21,5	43,2	29,5
Tschechien	20,5	40,1	27,0
Dänemark	33,9	40,0	26,1
Deutschland	18,5	40,6	20,1
Estland	20,7	38,5	10,9
Griechenland	17,9	40,9	17,0
Spanien	16,5	29,8	30,3
Frankreich	21,4	43,3	35,9
Irland	26,1	25,2	33,3
Italien	17,0	41,8	31,1
Zypern	18,5	24,4	*
Lettland	17,2	36,4	*
Litauen	17,1	38,4	6,5
Luxemburg	24,8	28,5	27,1
Ungarn	28,5	39,2	*
Malta	16,1	22,4	*
Niederlande	23,8	31,8	31,6
Österreich	21,7	40,5	22,6
Portugal	20,0	33,7	32,6
Slowenien	24,9	38,4	*
Slowakei	21,7	32,4	18,3
Finnland	28,3	42,1	27,3
Schweden	30,5	46,1	27,7
Großbritannien	21,8	24,6	28,0
EU-15	20,5	37,1	28,1
EU-25	20,6	37,1	28,0
Euro-12	19,6	39,4	28,2

Quelle: Eurostat, European Commission, Tab. D.1, D.2, D.3

* keine Zahlen verfügbar

Diese Ergebnisse verwundern nicht, da die Gewinnbesteuerung in Österreich bekanntermaßen sehr günstig ist und Österreich bei der Besteuerung von Vermögen überhaupt internationales Schlusslicht ist.

1.1. Massive Verschiebung zur Lohnsteuer

Zuwachs an Lohnsteuer resultiert nicht aus Zunahme an Beschäftigten

Die Einnahmen des Staates an Lohnsteuer werden trotz Steuerreform 2005 im Jahr 2006 (Budgetvoranschlag) um 22 Prozent höher, die an Körperschaftssteuer (Köst) trotz prächtiger Gewinne der Großunternehmen um 2,6 Prozent niedriger sein als im Jahr 2000. Der Zuwachs an Lohnsteuer resultiert aber nicht aus einer Zunahme der Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen. Denn die statistische Zunahme der Beschäftigung in den letzten Jahren kam nur durch die Zunahme der Teilzeitjobs zustande, während die Vollzeitbeschäftigung abnimmt. ²

Tabelle: Entwicklung des Steueraufkommens in Mrd. • (Werte 2006: Budgetvoranschlag)

Steuerart	2000	2002	2004	2005	2006	Veränderung seit 2000
Lohnsteuer	14,5	16,2	17,1	16,9	17,7	+22,1 %
Körperschaftssteuer	3,9	4,6	4,5	4,4	3,8	-2,6 %
Einkommensteuer	2,8	3,1	2,8	2,5	2,8	0,0 %

Quelle: BMF, Budget 2006

Dazu kommt, dass bei der Köst die Vorteile durch die Steuerreform 2005 – Absenkung des Steuersatzes von 34 auf 25 Prozent und die äußerst großzügige Konzernbesteuerung („Gruppenbesteuerung“, auch Verluste ausländischer Tochterunternehmen sind in Österreich nunmehr steuerlich abschreibbar) – noch gar nicht voll durchschlagen. Die deutlichen Ersparnisse für die Unternehmen werden erst mit den Steuerbescheiden in den nächsten Jahren sichtbar werden.

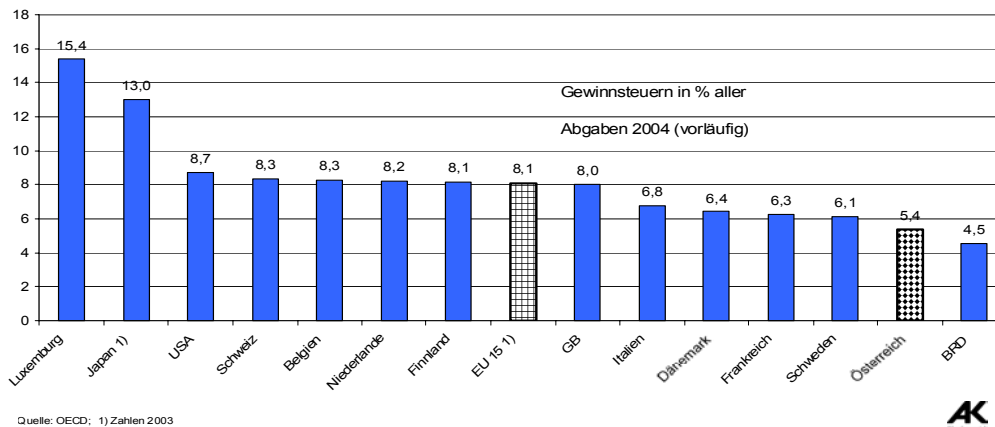
1.2. Entwicklung 1992/2005

Eine langfristige Betrachtung zeigt, dass die Lohnsteuereinnahmen im angeführten Zeitraum um 68 Prozent gestiegen sind, die an Unternehmenssteuern (Körperschaftssteuer ohne Nationalbank, veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer von Dividenden und früher auch Gewerbe- und Vermögensteuer) hingegen nur um 24 Prozent.³ Da die Inflation in diesem Zeitraum etwa 29 Prozent betrug, sind die Einnahmen aus diesen Steuern real sogar gesunken.

Lohnsteuereinnahmen um 68 % gestiegen und Unternehmenssteuern nur um 24 %

2. Niedrige Besteuerung der Gewinne

2.1. Niedrige Einnahmen aus Gewinnsteuern in Österreich



Die Einnahmen an Gewinnsteuern (Körperschaftssteuer v.a. der Kapitalgesellschaften) sind mit 5,4 Prozent aller Abgabeneinnahmen sehr niedrig und liegen damit bedeutend unter dem Niveau anderer Staaten und auch unter dem Durchschnitt der EU-15-Staaten (8,1 Prozent).⁴

2.2. Impliziter Steuersatz der Kapitalgesellschaften

Tschechien	32,6
Slowakei	29,2
Spanien	25,7
Frankreich	24,1
Niederlande	20,2
Griechenland	20,1
EU-25	19,9
EU-15	19,7
Schweden	19,5
Finnland	19,2
Portugal	19
Belgien	18,5
Italien	18,3
Österreich	16,6
Dänemark	15,3
Großbritannien	14,9
Estland	8,3
Litauen	5,7

Quelle: Eurostat

(Für die nicht angeführten EU-Staaten waren keine Daten verfügbar)

*Besteuerung
von Kapital-
gesellschaften
schon vor
Steuerreform
sehr günstig*

Dass die Besteuerung der Kapitalgesellschaften schon vor der Steuerreform sehr günstig war, zeigen auch die Zahlen von Eurostat für das Jahr 2003.⁵ Der nominelle Steuersatz betrug damals zwar noch 34 Prozent, durch Ausnahmen und Abschreibungsmöglichkeiten machte die tatsächliche Steuerbelastung aber nur 16,6 Prozent aus. Damit lag Österreich schon vor der Senkung des Steuersatzes auf jetzt 25 Prozent am untersten Ende der EU-Staaten und annähernd bei unseren neuen EU-Nachbarn.

2.3. AK-Auswertung Jahresabschlüsse

Die niedrige Steuerleistung von den Gewinnen – bedeutend niedriger als der formelle Steuersatz von 34 Prozent – wird auch aus der Auswertung von gemäß Handelsgesetzbuch veröffentlichten Jahresabschlüssen von Firmen bestätigt. ⁶

Eine Auswertung für das Jahr 2004 (also für das Jahr vor der Gewinnsteuerreform) ergab: 658 körperschaftssteuerpflichtige Aktiengesellschaften und GesellschaftenmbH aus Industrie, Handel und dem Dienstleistungsbereich, die für dieses Jahr im Jahresabschluss einen Gewinn (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit – EGT) auswiesen, zahlten durchschnittlich 19,6 Prozent Körperschaftssteuer gemessen am EGT. 235 dieser Unternehmen, das sind fast 36 Prozent, wiesen keine oder nur eine Steuerleistung von weniger als 10 Prozent des EGT aus (siehe Tabelle).

*durchschnittlich
19,6 % Körper-
schaftssteuer ...*

*... und 36 %
keine oder
weniger als 10 %
des EGT*

In Summe bilanzierten diese 658 Gesellschaften ein EGT von 7,5 Mrd. Euro und eine Steuerleistung von knapp 1,5 Mrd. Euro. Die Betriebsleistung (Umsatz plus/minus Bestandsveränderungen) dieser Unternehmen betrug in Summe 97 Mrd. Euro und sie hatten 410.000 Beschäftigte. Es handelt sich also durchaus um eine relevante Auswahl von größeren österreichischen Unternehmen.

Tabelle: Auswertung der AK-Bilanzdatenbank für das Jahr 2004

Steuerleistung in % des EGT	Anzahl der Firmen	Anteil
0 %	76	11,6 %
0,01 % bis 9,9 %	159	24,2 %
10 % bis 19,9 %	68	10,3 %
20 % bis 34,0 %	197	29,9 %
über 34%	158	24,0 %
insgesamt	658	100,00 %

2.4. Beispiele für niedrige Steuerleistung von Unternehmen

Tabelle: Beispiele 2004 in tausend Euro

	Gewinn (EGT)	Steuer *)	Prozent
HTM Sport- u. Freizeitgeräte AG	11.875	125	1,1 %
Tele.ring Telekom Service GmbH	12.472	205	1,6 %
Coca-cola Beverages Austria GmbH	7.811	149	1,9 %
Allgemeine Baugesellschaft – A. Porr AG	8.715	220	2,5 %
BWT AG	10.545	412	3,9 %
Ericsson Austria GmbH	7.004	283	4,0 %
RWA Raiffeisen Ware Austria GmbH	16.042	708	4,4 %
Neusiedler AG	60.064	3.079	5,1 %
Shell Austria AG	84.165	5.275	6,3 %
Semperit Reifen AG	21.719	1.633	7,5 %
Baxter AG	8.864	786	8,9 %

Quelle: Veröffentlichte Jahresabschlüsse der Unternehmen, dokumentiert in AK-Bilanzdatenbank

*) ohne aperiodische oder latente Steuern

Gründe für geringe Steuerleistung

Die Gründe, warum vom im Jahresabschluss ausgewiesenen Gewinn wenig Steuer bezahlt wird, können natürlich vielfältig sein. Insbesondere wird dieser Gewinn zur Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage beispielsweise um Dividendenausschüttungen von Tochterfirmen, um Verlustvorträge aus Vorjahren, um Freibeträge für Forschung, Weiterbildung etc. und zukünftig verstärkt um Verluste von Tochterfirmen (auch aus dem Ausland) vermindert. Schon vorher kann der ausgewiesene Gewinn durch diverse Gestaltungen (z.B. durch konzerninterne Verrechnungspreise wird der Gewinn in ausländische Niedrigsteuerrländer transferiert geschickte Ausnutzung von Spielräumen bei der Bilanzerstellung) vermindert werden.

2.5. Exkurs: Ist eine Senkung der Gewinnsteuern wirtschaftspolitisch sinnvoll?

In der politischen Debatte werden Forderungen nach Steuer-senkungen für Unternehmen bzw. ihre Umsetzung mit positiven Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (durch steigende Investitionen der Unternehmen) gerechtfertigt und argumentiert.

Gegen diese Standpunkte und ihre wissenschaftlichen Unter-mauerungen gibt es allerdings gegenteilige Positionen: Paus-chale Aussagen, dass eine Senkung der Unternehmens-besteuerung die Investitionen ankurbelt, besitzen keinerlei theoretische Grundlage. „Der Zusammenhang zwischen Besteuerung und Investition ist viel komplizierter, als von der herrschenden Sicht angenommen wird.“⁷

Beweise, dass Senkung der Unternehmensbesteuerung Investitionen ankurbeln fehlen

Eine Senkung des Gewinnsteuersatzes kann ausländische Direktinvestitionen anziehen. Diese Effekte sind nach empirischen Studien allerdings nicht sonderlich groß und es ist mit erheblichen Steuerausfällen zu rechnen. Die fiskalische Gesamtwirkung – auch unter Berücksichtigung von positiven Effekten höherer Auslandsinvestitionen auf Wachstum und Beschäftigung – ist negativ. Dies erfordert wieder die Erhöhung anderer Abgaben oder die Kürzung von Staatsausgaben mit Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung. Entscheidend sind letztendlich aber die Reaktionen der ausländischen Regierungen. Sind die Steuerdifferenzen zum Ausland bald wieder auf dem Niveau vor der Senkung, gehen die Auslandsinvestitionen auch wieder auf das Ursprungsniveau zurück.⁸

Gesamtwirkung auf Wachstum und Beschäftigung ist negativ

Das seit einiger Zeit in und außerhalb der EU stattfindende Steuerdumping und Anheizen des Steuerwettlaufs bei den Gewinnsteuern nach unten lohnt sich letztendlich also nicht.

1985 lagen die Gewinnsteuersätze in den Industriestaaten durchschnittlich noch bei 51, inzwischen bei nur noch 28

Prozent. In der Europäischen Union sanken die Steuersätze von durchschnittlich 38 Prozent im Jahr 1997 auf 25 Prozent im Jahr 2006 ⁹. Unter den alten Mitgliedsstaaten hat Irland schon länger einen niedrigen Steuersatz von nur 12,5 Prozent und im Jahr 2004 sind der Union Staaten mit überwiegend niedrigen Steuersätzen beigetreten. Unter den alten Mitgliedsstaaten hat Österreich durch die Steuerreform 2005 den Steuerwettbewerb kräftig vorangetrieben.¹⁰

Tabelle: Gewinnsteuersätze) in EU-Mitgliedsstaaten*

	1995	2005	Veränderung
Österreich	34	25	-9
Belgien	40,17	33,99	-6,18
Tschechien	41	26	-15
Frankreich	36,7	34,33	-2,37
Niederlande	35	31,5	-3,5
Irland	40	12,5	-27,5
Litauen	29	15	-14
Deutschland	56,8	38,3	-18,5
Polen	40	19	-21
Slowakei	40	19	-21
Slowenien	25	25	+/-0
Ungarn	19,6	16	-3,6
Großbritannien	33	30	-3
Italien	52,2	37,25	-14,95

*) Körperschaftssteuer und eventuell weitere lokale Steuern vom Gewinn (z.B. Gewerbesteuern)

Quelle: K. Wach, Tax systems in EU countries, zit. in Szczepanska, S., Polish fiscal system on the background of other fiscal systems in the EU, Präsentation 2005

3. Steuerwettbewerb belastet Faktor Arbeit und Staatsbudgets

Der – von neoliberalen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen oft als gesund bezeichnete, weil er angeblich zu einem effizien-

enteren Umgang des Staates mit Steuergeldern führen würde –Steuerwettbewerb unter den Staaten hat zwei wesentliche Konsequenzen: Erstens höhlt dieser Steuersenkungswettlauf auf Dauer die öffentlichen Finanzen mit dem Ergebnis der Unfinanzierbarkeit öffentlicher Dienstleistungen aus. Dieser dadurch geschaffene Sachzwang hemmt mittelfristig auch die wirtschaftliche Entwicklung und damit den Wohlstand der Bevölkerung, weil zu wenig Geld für notwendige Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung etc. vorhanden ist. Der hintergründige Zweck des Steuerwettbewerbes, ein im neoliberalen Denken gewünschter schlanker Staat, wird erreicht. Aber für den Preis eines Ein-Sterne-Hotels kann nicht die Leistung eines Fünf-Sterne-Hotels erbracht werden.

Steuersenkungswettlauf führt zu Unfinanzierbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen, ...

Zweitens verschiebt sich die Steuerlast noch mehr auf die ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und die Klein- und Mittelbetriebe. Diesen wird mehr abverlangt, damit die Großkonzerne qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen – von der Verkehrsinfrastruktur über einen funktionierenden Rechtsstaat, hoch qualifizierte ArbeitnehmerInnen bis zu Wirtschaftsförderungen – günstig in Anspruch nehmen können. Den ArbeitnehmerInnen, die ohnehin mit steigender Arbeitslosigkeit, stagnierenden Löhnen und Gehältern und steigender Abgabenlast konfrontiert sind, werden zusätzlich die staatlichen Sozialleistungen gekürzt. Das wird aber letztendlich auch dazu führen, dass die politische Legitimation des Sozialstaates untergraben wird.

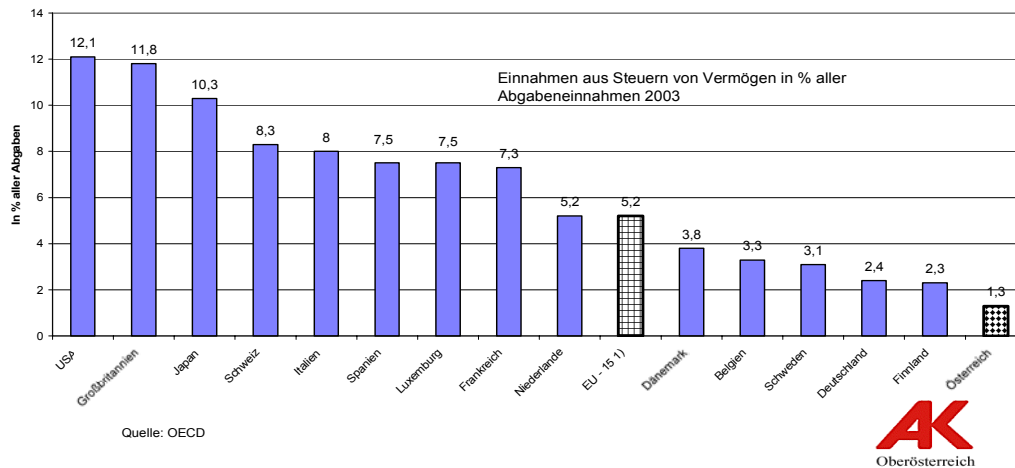
... begünstigt v.a. Großkonzerne und konfrontiert ArbeitnehmerInnen mit steigender Abgabenlast

Möglich ist eine derartige Politik zugunsten der Großkonzerne und ihrer AktionärInnen, weil die Regierenden auf Wettbewerb anstelle von Kooperation – insbesondere durch Harmonisierung der Kapitalbesteuerung innerhalb der EU – setzen. Den ProfiteurInnen und ihren LobbyistInnen in Wissenschaft, Politik und Medien gelingt es dabei bestens, ihre Interessenlage zu verschleiern und ihre Forderungen als im Interesse der Allgemeinheit (Stichwort „Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes“) zu verkaufen. Musterbeispiel ist die Panikmache im Zuge der österreichischen Steuerreformdebatte in den

Regierende setzen auf Wettbewerb statt auf Kooperation

Jahren 2003/2004, als mit massenhafter Abwanderung von Betrieben in die Beitrittsländer, insbesondere in die Slowakei, und damit dem Verlust hunderttausender Arbeitsplätze gedroht wurde. Argumente, dass Standortfaktoren wie die Produktivität und Motivation der ArbeitnehmerInnen, die Qualität der Infrastruktur usw. und nicht der Gewinnsteuersatz für die Standortwahl maßgeblich sind, verhallten erfolglos.

4. Österreich ist Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen



Österreich ist bei den Einnahmen aus Steuern von Vermögen mit nur 1,3 Prozent aller Abgabeneinnahmen (EU-15-Durchschnitt 5,2 Prozent) überhaupt internationales Schlusslicht unter den OECD-Staaten.¹¹

Steuern vom Vermögen sind nach dieser Statistik u.a. die Vermögensteuer, die Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grund- und Grunderwerbssteuern, also Steuern, die nicht nur von wirklich Vermögenden zu zahlen sind.

Den niedrigsten Einnahmen aus Steuern von Vermögen steht außerdem ein hoher Bestand an Vermögen in Österreich gegenüber: Laut Sozialbericht des BMSG betragen im Jahr

2002 die Vermögen (Geld, Unternehmens- und Grundvermögen) 944 Mrd. Euro, das war mehr als das Vierfache des BIP.

Vermögen in Österreich mehr als das Vierfache des BIP ...

Dieses Vermögen ist außerdem äußerst ungleich verteilt: Das reichste 1 Prozent (60.000 erwachsene ÖsterreicherInnen) hatte vom Gesamtvermögen mehr als ein Drittel und die wohlhabendsten 2–10 Prozent 35 Prozent. Der Anteil der „unteren 90 Prozent“ betrug nur 32 Prozent. Das durchschnittliche Gesamtvermögen eines Reichen betrug 5,4 Millionen Euro.¹² Inzwischen gibt es 63.300 ÖsterreicherInnen mit Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar.¹³ Ende 2004 betrug alleine das Geldvermögen (Bankeinlagen, Wertpapiere, Guthaben bei Lebensversicherungen etc.) der privaten Haushalte 330 Mrd. Euro, das ist mehr als das Zweifache des verfügbaren Einkommens in Österreich.¹⁴ Und im statistischen Durchschnitt sind das mehr als 40.000 Euro für jede/n der 8 Millionen ÖsterreicherInnen vom Baby bis zum Greis.

... aber äußerst ungleich verteilt

5. Zahlen die Spitzenverdienenden zu viel Steuern?

Vom österreichischen Abgabensystem gehen keine umverteilenden Wirkungen aus. Das heißt, die BezieherInnen niedriger Einkommen und die BezieherInnen hoher Einkommen werden bei Betrachtung aller Steuer- und Abgabenleistungen prozentuell gleich hoch belastet.

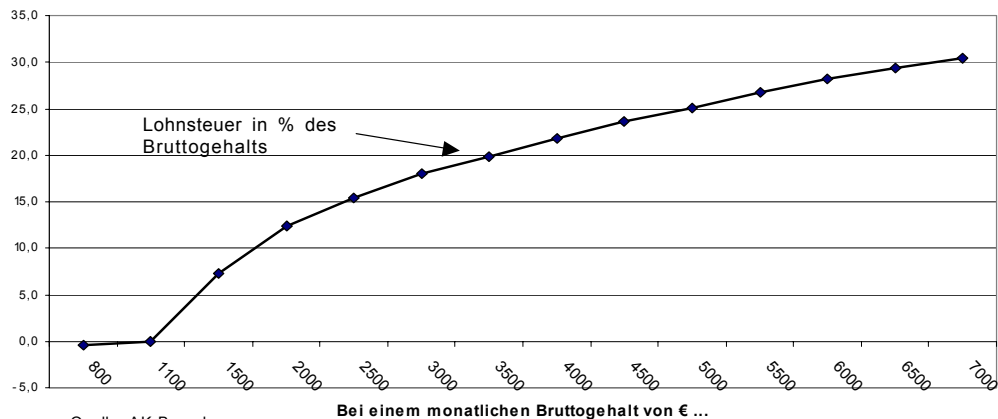
durch Abgabensystem keine umverteilende Wirkung in Österreich

Ursache ist der relativ hohe Anteil der Sozialversicherungsbeiträge und der indirekten Steuern. Die Lohnsteuer wirkt zwar progressiv, allerdings geringer, als aufgrund der nominalen Grenzsteuersätze zu erwarten wäre.¹⁵

Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung in Prozent des Bruttogehalts steigt bei kleinen und mittleren Einkommen am stärksten, d.h., dort wirkt die Steuerprogression (siehe Grafik). Sie wurde durch die Steuerreform sogar insofern verschärft, als in diesem Bereich der wirksame Grenzsteuersatz

(= Prozentsatz, der angibt, wie viel Steuer von beispielsweise einem Euro zusätzlichem Einkommen abgezogen wird) von 35 auf 38,3 Prozent erhöht wurde.

Steuerprogression ist massiv bei kleinen und mittleren Einkommen



Quelle: AK-Berechnungen, 13./14. Gehalt berücksichtigt

Progressionswirkung bei Spitzeneinkommen eher gering

Bei den Spitzeneinkommen ist die Progressionswirkung eher gering: Bei 7.000 Euro Monatsbrutto beträgt die durchschnittliche Lohnsteuer 30,4 Prozent, bei 15.000 Euro Monatsbrutto 37,5 Prozent und bei 20.000 Euro 39,1 Prozent.¹⁶ NutznießerInnen einer Absenkung des Spitzensteuersatzes (derzeit 50 Prozent) wäre aber gerade dieser Personenkreis.

Hinzu kommt, dass die SpitzenverdienerInnen nicht nur ein Gehaltseinkommen aus ihrer Managementtätigkeit etc. bekommen, sondern üblicherweise auch Kapitalerträge aus ihren Vermögen beziehen. Diese sind – egal, wie hoch das Gesamteinkommen des/r BezieherIn ist – von der Steuerprogression ausgenommen und werden „flat“ mit 25 Prozent Steuersatz samt Abgeltung auch der Erbschaftssteuer endbesteuert. Zudem gibt es in Österreich keine Vermögensteuer mehr und bei großen Vermögen können durch Einbringung des Vermögens in eine eigennützige Privatstiftung zusätzliche Begünstigungen in Anspruch genommen werden.

Die steuerliche Begünstigung der Finanzanlagen und die Abschaffung der Vermögenssteuer sind aus verteilungspolitischer Perspektive und anderen ökonomischen Gründen kritisch zu beurteilen.¹⁷

6. AKOÖ-Forderungen für gerechtere Besteuerung

- Eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen ist dringend notwendig und zur Stärkung der Massenkaukraft unverzichtbar.
- Für die BezieherInnen von Kleinstehkommen ist die Negativsteuer auf 220 Euro zu verdoppeln.
- Das Pendlerpauschale muss reformiert, erhöht und bei Kleinstehkommen als Negativsteuer ausbezahlt werden.
- Keine Absenkung des Spitzensteuersatzes, es besteht kein Handlungsbedarf.
- Zur Entlastung des Faktors Arbeit sind Sozialabgaben in eine Wertschöpfungsabgabe umzuwandeln.
- Einführung einer Vermögenssteuer auf große Privatvermögen (höher als 500.000 Euro).
- Rücknahme der Steuervorteile für Großkonzerne (insbesondere der Gruppenbesteuerung).
- Anstelle des Steuerdumping voranzutreiben, muss Österreich auf europäischer Ebene für eine Harmonisierung der Gewinnbesteuerung eintreten.

Anmerkungen:

- 1 Eurostat, European Commission Directorate-General Taxation and Customs Union, Structures of the taxation systems in the European Union, Luxembourg 2005, Annex A Tab. D.1, D.2, D.3
- 2 Walterskirchen, E., Aktive Beschäftigung in Österreich, WIFO 2006
- 3 BMF, Budget diverse Jahrgänge, AKOÖ-Berechnungen
- 4 OECD Revenue Statistics, Edition 2005, Table 38
- 5 Eurostat, Tab. D.3.1.1
- 6 Auswertung Bilanzdatenbank der AK Wien
- 7 Corneo, G., Steuern die Steuern Unternehmensentscheidungen, in: Truger, A., (Hg.), Können wir uns Steuergerechtigkeit nicht mehr leisten? Marburg 2005, 24
- 8 Corneo, G., 2005, 29 ff

- 9 KPMG's tax rate survey 2006 und frühere Ausgaben; Attac Österreich, Fair steuern – mehr für alle, Wien 2005
- 10 Zum Steuerwettbewerb in der EU siehe auch Saringer, M., Herausforderungen an die Unternehmensbesteuerung in der EU, in BEIGEWUM Kurswechsel 1/2006 Steuern – Alternativen zur neoliberalen Steuerpolitik, Wien 2006.
- 11 OECD 2005, Table 22
- 12 BMSG, Bericht über die soziale Lage 2003–2004, Wien 2004, S. 248
- 13 Merrill Lynch, Cap Gemini, World Wealth Report, 2005
- 14 Österreichische Nationalbank, Finanzvermögen 2004, Wien 2005, S. 7
- 15 Guger, A., Umverteilung durch öffentliche Haushalte, Wien 1996, 23 ff; Gertraud Lunzer, Struktur und Verteilungswirkungen des österreichischen Steuersystems, in BEIGEWUM Kurswechsel 1/2006)
- 16 AKOÖ-Berechnungen
- 17 Guger, A., 1996, S. 33 ff
Zur unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von Arbeit und Kapital siehe auch David Mum, Wege zu einer Gleichbehandlung von Arbeit und Kapital bei der Besteuerung und Sozialabgaben: Von nichts kommt nichts, in BEIGEWUM Kurswechsel 1/2006 60 ff
Zu den Möglichkeiten der Einführung einer Vermögenssteuer siehe auch Josef Meichenitsch, Realisierung einer Vermögensteuer in Österreich, in BEIGEWUM, 74 ff.

Literatur:

- Attac Österreich, Fair steuern – mehr für alle, Wien 2005
- AK-Wien, Bilanzdatenbank
- BEIGEWUM Kurswechsel 1/2006, Steuern – Alternativen zur neoliberalen Steuerpolitik, Wien 2006
- BMF, Budget 2006
- BMSG, Bericht über die soziale Lage 2003–2004, Wien 2004
- Eurostat, European Commission Directorate-General Taxation and Customs Union, Structures of the taxation systems in the European Union, Luxembourg 2005
- Guger, A. (Koordination), Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, Wien 1996
- KPMG's tax rate survey 2006 und frühere Ausgaben
- OECD Revenue Statistics, Edition 2005
- Österr. Nationalbank, Finanzvermögen 2004, Wien 2005
- Szczepanska, S., Polish fiscal system on the background of other fiscal systems in the EU, Gdansk 2005
- Truger, Achim (Hg.), Können wir uns Steuergerechtigkeit nicht mehr leisten, Marburg 2005
- Walterskirchen, E., Aktive Beschäftigung in Österreich, WIFO 2006
- World Wealth Report 2005

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at